



Ernst Hillebrand

Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen: Die europäische Linke muss sich neu orientieren

■ Die Mitte-Links-Parteien Europas stehen vor dem Ende eines ideologisch-politischen Zyklus. Die Projekte der technokratischen Reformlinken »Neue Mitte« und »Dritter Weg« sind nicht mehr in der Lage, in einem ausreichenden Maße Wähler zu mobilisieren.

■ Die Folgen von Europäisierung und Globalisierung haben strategische Wählergruppen der Mitte-Links-Parteien negativ getroffen, während gleichzeitig die Versprechungen einer auf bildungspolitischen Anstrengungen basierenden Modernisierungsstrategie nur begrenzt eingelöst werden konnten.

■ In einer Reihe von gesellschaftlichen Fragen sind die Mitte-Links-Parteien heute erheblich von den Positionen traditioneller Stammwählermilieus entfernt. Notwendig ist die Entwicklung eines neuen politischen Projekts, das sich von dem engen Ökonomismus der Reformprojekte der letzten Jahre löst und Antworten auf bisher verdrängte oder tabuisierte soziale Probleme gibt, ohne dabei das strategische Terrain der politischen Mitte zu räumen.

JULI 2007

Inhalt

1. Die Krise der linken Mitte	2
2. Ursachenforschung: Das Ende eines Zyklus	2
3. Ein neues Projekt ist notwendig	5
4. Auch die Rechte erneuert sich	6
Literatur	7

1. Die Krise der linken Mitte

Die Mitte-Links-Parteien Westeuropas befinden sich in der Krise. Die Zahl der von ihnen regierten Länder hat sich seit dem Ende der 1990er Jahre deutlich verringert. Wahlen gehen reihenweise verloren, auch dort, wo erfolgreich regiert wurde. Selbst in vier der fünf Länder Skandinaviens – für viele Beobachter sozialdemokratische Gesellschaften par excellence – regieren zurzeit konservative Regierungschefs. Manches deutet darauf hin, dass es sich bei dieser Entwicklung nicht (nur) um die normalen Pendelschläge der politischen Stimmungslage handelt, sondern um eine qualitativ neue Herausforderung: Die Mitte-Links-Parteien verlieren ihre Stimmen nicht nur an ihre traditionellen Gegner aus der rechten Mitte, sondern zunehmend auch an neue rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien.¹ Das Ausmaß der Verankerung dieser Parteien in traditionellen Stammwählermilieus der Linken ist zum Teil alarmierend: Bei der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen 2002 war Jean-Marie Le Pen der Kandidat, der bei den abhängig Beschäftigten des Landes die meisten Stimmen erhielt.²

2. Ursachenforschung: Das Ende eines Zyklus

Es ist die Überzeugung des Autors, dass diese Entwicklung das Ende eines politisch-ideologischen Zyklus markiert: Das lange Jahre erfolgreiche zentristisch-technokratische Projekt à la »Dritter Weg« in Großbritannien, »Neue Mitte« in Deutschland oder Bill Clintons »triangulation« ist an seine Grenzen gestoßen und hat sich politisch teilweise überlebt.

Dieses Projekt war geprägt durch eine erfolgreiche Anpassung der Mitte-Links-Parteien an veränderte Wählerwartungen und veränderte weltpolitische und -ökonomische Verhältnisse seit der Mitte der 80er Jahre. Es stellte eine richtige und kongeniale Inter-

pretation des politischen Zeitgeistes dar und ermöglichte es den Mitte-Links-Parteien in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, sich als die dominierende politische Kraft in Europa zu etablieren. Inhaltlich waren die verschiedenen Spielarten dieses Projekts ähnlich: Sie basierten auf der Kombination von gemäßigt neoliberalen Positionen in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit einem Insistieren auf einer gewissen Rolle des (Sozial-) Staates und der Betonung eines liberal-progressiven Standpunktes in kulturellen und Wertefragen, die als Ausweise authentisch »progressiver« Gesinnung symbolisch eine erhebliche Bedeutung erlangten. Arbeitsmarktreformen sowie Ab- und Umbau sozialstaatlicher Leistungen wurden mit dem Abbau redistributiver Elemente im Steuersystem, der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen sowie einer Ausrichtung und Anpassung von Wirtschaft und Sozialsystemen auf den europäischen Raum (Ausbau des Binnenmarktes, kontinentale Deregulierungs- und Wettbewerbspolitik, Einheitswährung, weitgehende Beschränkung nationaler Industrie- und Standortpolitiken) gekoppelt. Neuen Wählergruppen aus den unteren Mittelschichten präsentierten sich die Parteien der linken Mitte als die »more effective managers of capitalism« (William E. Paterson). Gleichzeitig wurde der Bildungssektor in das Zentrum des politischen Projekts gerückt und mit Aufgaben beauftragt, die weit über ein klassisches Verständnis von Bildungspolitik hinausgingen. Bildung löste in diesem Projekt die redistributive Fiskalpolitik der Nachkriegszeit als das zentrale reformpolitische Instrument ab; über Bildungsinvestitionen sollen in Zukunft auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Arbeitslosigkeit und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelöst werden.

Diese Politik erlaubte es den progressiven Parteien eineinhalb Jahrzehnte lang Wahlen zu gewinnen und mehr oder weniger erfolgreich zu regieren. Heute scheint dieses Politikangebot der »technokratischen Reformlinken« (Werner A. Perger) jedoch nicht mehr ausreichend attraktiv zu sein, um Mehrheiten zu überzeugen und Wahlen zu gewinnen (Perger, 2007, S. 52–61). Zu viele Fragen und Probleme haben sich im Rahmen dieses Modells zunehmend als schwer zu beantworten bzw. lösen erwiesen.

Globalisierung und Europäisierung (als europäische Sonderform der Internationalisierung) haben die relative ökonomische Situation der Arbeitnehmer Europas negativ beeinflusst. Daran haben die Regierungen des »Dritten Weges« so gut wie nichts zu ändern gewusst. Die Lohnquote – also der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit (Arbeitnehmerentgelt) am Gesamt-Volkseinkommen – ist in der Euro-

1 Dies gilt nicht nur für Italien (Forza Italia, MSI, Lega Norte) oder Frankreich (Front National), sondern auch für die Niederlande (Liste Pim Fortyn), Belgien (Vlaamse Belang), Österreich (FPÖ), Dänemark, Schweden und mit einer gewissen Tendenz selbst für Großbritannien, wo sich die Labour Party teilweise durch die Ausbreitung der nationalistischen »British National Party« bedroht sieht.

2 Guibert/Mergier, 2007, S. 18. Diese Entwicklung ist begleitet von einer tiefen organisatorischen Krise der Parteien: Sie verlieren massiv Mitglieder (die britische Labour-Party etwa hat seit 1997 ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder verloren) und damit die Fähigkeit, Wahl- oder Mobilisierungskampagnen zu organisieren.

Tabelle: Die ökonomische Tragödie der Europäischen Integration, 1961–2005

Jahr	1961–1970	1971–1980	1981–1990	1991–2000	2001–2005
Wachstum	4.8	3.0	2.4	2.1	1.6
Arbeitslosigkeit	2.0	3.8	8.5	9.4	7.8
Lohnquote	72.3	73.9	72.1	69.2	68.4

Quelle: Dauderstädt, S. 28–46 – Zahlen beziehen sich auf EU-15.

päischen Union in den letzten 25 Jahren kontinuierlich von 72,1 % auf 68,4 % gefallen. Parallel hierzu hat die Zahl der arbeitenden Menschen deutlich zugenommen – die Beschäftigungsquote stieg von 61,2 % Mitte der 90er Jahre auf heute 64,5 % an. Praktisch bedeutet dies, dass eine gestiegene Anzahl von Arbeitnehmern eine relativ geringere Menge an Lohneinkommen unter sich aufteilt. Im selben Zeitraum hat die Polarisierung der Einkommen erheblich zugenommen. Der Gini-Index sozialer Ungleichheit hat sich seit den 80er Jahren in vielen Ländern Westeuropas erhöht (Liddle/Lerais, 2007, S. 30). Mit diesen Entwicklungen wurde dem zentralen Versprechen der Reformlinken – durch effiziente technokratische Politik und »machbare« systemimmanente Reformen die ökonomischen und sozialen Interessen der »einfachen Leute« effizienter als andere zu vertreten – in den negativ betroffenen Milieus tendenziell die Glaubwürdigkeit entzogen.

- Gleichzeitig damit hat auch die zweite traditionelle Antwort der Mitte-Links-Parteien gegenüber ökonomischen Veränderungen – das Versprechen, mit der Schaffung eines integrierten Wirtschafts- und Politikraumes innerhalb der EU einen neuen und effizienteren Rahmen für die Gestaltung von Sozial- und Wirtschaftspolitik zu schaffen – an Akzeptanz verloren. Heute stehen viele Bürger Europas der EU negativ oder skeptisch gegenüber, und zwar nicht nur in Frankreich oder den Niederlanden, wo die Referenden über die Einführung einer Europäischen Verfassung scheiterten (Cuperus, 2006, S. 65–90). Dies ist keineswegs eine rein irrationale Reaktion; so erfolgreich die EU als friedens- und außenpolitisches Instrument war, so unbefriedigend sind ihre langfristigen Ergebnisse auf den Feldern von Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Michael Dauderstädt spricht in diesem Zusammenhang von der »ökonomischen Tragödie der Europäischen Integration.«
- Auch die Versprechungen der »Bildungsrevolution« haben sich als relativ leer erwiesen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt laut den offiziellen Sta-

tistiken in Europa bei 18,7 %, wobei die realen Zahlen höher sein dürften. Die soziale Durchlässigkeit der Bildungssysteme hat sich nicht verbessert (eher sogar verschlechtert) und die Zahl der erfolgreichen Absolventen von Sekundarschulabsbildungen hat sich in den letzten 20 Jahre innerhalb der EU kaum verändert (Liddle/Lerais, 2007, S. 24). In Deutschland ist in den letzten zehn Jahren die Anzahl der Studierenden um ganze 0,5 % gestiegen (FAZ 21.8.07). Die Unterfinanzierung mancher Bildungssysteme hat zugleich die Qualität von Universitätsabschlüssen unterhöhlt und ihren Wert auf dem Arbeitsmarkt gesenkt. Neue Jobs entstehen nicht etwa vor allem in den hoch bezahlten Sektoren der Dienstleistungsökonomie, sondern nicht zuletzt an deren unterem Ende: der am raschesten wachsende Beruf in den 90er Jahren in Großbritannien war der des Friseurs (Elliott/Atkinson, S. 79). Und dies wird sich so schnell nicht ändern: Nach Schätzungen der britischen Regierung werden 80 % der Jobs, die bis 2010 entstehen werden, keine universitäre Ausbildung erfordern (Cruddas, 2006, S. 34–41). Junge Menschen, darunter auch gut ausgebildete, sind heute in Europa nicht nur überdurchschnittlich arbeitslos, sondern auch einkommensschwach: 37 % der Unter-30-Jährigen in Großbritannien, 42 % in Deutschland und 49 % in den Niederlanden sind statistisch »arm« (Liddle/Lerais, 2007, S. 28).

- Gleichzeitig sind neue gesellschaftspolitische Herausforderungen aufgetaucht, auf die die Linke keine adäquaten Antworten hatte. Dies gilt vor allem für das in den letzten Jahren immer wichtiger gewordene Thema der Immigration. Die konzeptionelle Antwort der Linken auf die massive Einwanderung nach Europa in den letzten Jahrzehnten, das Konzept einer »multikulturellen Gesellschaft«, ist dramatisch gescheitert. Es hat fragmentarisierte Gesellschaften und marginalisierte Minoritätenghettos geschaffen, in denen keine erfolgreiche Integration stattfindet und sich wechselseitige Frustrationen von Alteingesessenen und Zuwanderern eher verstärken als abschwä-

chen. Nicht zuletzt für die Migranten und deren Kinder hat sich das Konzept als Sackgasse erwiesen, als Weg in die ökonomische, soziale und politische Marginalität. Dies gilt vor allem für Zuwanderer aus den islamischen Ländern, wo die zweite und dritte Generation teilweise feindlichere Einstellungen zu den westlichen Gesellschaften und ihren Werten haben als die ältere. Die Linke hat die Diskussion dieser Entwicklungen jahrelang tabuisiert und verweigert. Heute dürfte Immigration das Thema sein, wo die Aktivisten und Funktionäre der Mitte-Links-Parteien am weitesten von den Meinungen und Interessenartikulationen ihrer Stammwählerschaft entfernt liegen.³

- Der essentiell passive Diskurs gegenüber den Globalisierungs- und Internationalisierungstrends, der für das Projekt der technokratischen Reformlinken prägend war – eine Art sozialdemokratische Spielart des Thatcher'schen TINA-Diskurses («there is no alternative») – trifft zunehmend nicht mehr die Befindlichkeit der Bevölkerung. Diese erwartet von den Nationalstaaten eine sehr viel proaktivere Rolle als die neue Linke sie bisher anzubieten bereit ist. In vielen Ländern findet eine emotionale Re-Nationalisierung statt, die sich hart mit den globalisierungsfreundlichen und europa-orientierten Diskursen des linken Establishments stößt (Cuperus, 2006, S. 65–90, Goodhart, 2006, S. 30–35).
- Es gibt einige Anzeichen, dass in den westlichen Gesellschaften ein schleichender Wertewandel stattfindet, der von den Parteien der linken Mitte weder verstanden, noch politisch aufgegriffen wird. In einigen Ländern scheint sich der »Zeitgeist« wieder stärker konservativ zu orientieren; Umfragen verweisen auf eine langsame Verschiebung des Wertebarmeters in Richtung traditionell-konservativer Werte. Der soziokulturelle Liberalismus und Werterelativismus, der die westlichen »hedonistischen« Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten prägte (und für die technokratischen Reformer als Ausweis ihres weiterhin »progressiven« Charakters so wichtig war), wird in dieser Perspektive zunehmend als problematisch, exzessiv und sozial dysfunktional wahrgenommen. Diese Stimmung wird von der Rechten zunehmend politisch aufgegrif-

fen: Nicolas Sarkozy hat in seiner erfolgreichen Wahlkampagne der »Abrechnung« mit den 68ern einen breiten Raum gegeben; in den USA haben die Republikaner unter der Leitung Karl Roves ihre Wahlkämpfe strategisch um »Wertethemen« aufgebaut und damit die Demokraten wiederholt ausmanövriert.

Als Folge dieser Probleme und Widersprüche sind die Mitte-Links-Parteien heute in vielen Ländern Westeuropas von einem substantiellen Teil ihrer traditionellen Stammwählerschaft weitgehend entfremdet (Perger, 2007, S. 52–61). Gerade in einfachen »populären« Sektoren der Gesellschaft sind die Parteien kommunikativ und kulturell nicht mehr anschlussfähig; sie sprechen weder die Sprache, noch teilen sie die Sorgen und Probleme dieses Teils der Bevölkerung. Auch organisatorisch und infrastrukturell sind die Mitte-Links-Parteien in den sozialen Problemvierteln vieler europäischer Großstädte kaum mehr präsent. Es ist dies die Lücke, in die die neuen rechts-, in manchen Ländern auch linkspopulistischen Bewegungen stoßen. Diese Bewegungen werden von den marginalisierten populären Milieus zunehmend als Instrument zur Artikulation von Frustrationsgefühlen und Unzufriedenheit genutzt. Dabei werden sie als Kräfte gesehen, die Alltags-Probleme ansprechen, die die Mainstream-Parteien – vor allem die Linken – verschweigen oder verdrängen.⁴

Im Moment stehen die Parteien der linken Mitte erkennbar ratlos vor dem Glaubwürdigkeitsverlust ihres technokratischen Diskurses, der das emanzipatorische Potenzial von Politik minimiert hat und einem Teil ihrer Wähler nur ein alternativloses Anpassen an die bestehenden »post-modernen« wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse anzubieten hat. Eine Studie der französischen PS-nahen Jean-Jaurès-Stiftung über die Lebenssituation der »populären Schichten« in Frankreich zitiert in diesem Zusammenhang einen Bewohner einer französischen *banlieue*, der erklärt: »Nicht wir sind es, die unpolitisch geworden sind; die Politiker sind unpolitisch geworden«. Als Folge dieser Entwicklung deutet sich zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten die Möglichkeit des Bruches jener sozialen Allianz an, auf der die Mehrheitsfähig-

3 Bei einer YouGov-Umfrage in Großbritannien zu den Prioritäten der zukünftigen Regierung Gordon Browns erklärten vor kurzem 65 % aller Wähler und 53 % der Wähler der Labour-Party das Thema der Immigration als die wichtigste Herausforderung für Gordon Brown. Gleichzeitig sahen nur 20 % der Labour-Mitglieder dieses Thema als prioritär an.

4 Siehe hierzu Flecker, 2007 und Guibert/Mergier, 2007. Eine Umfrage der Labour-Party bei Sympathisanten der British National Party darüber, welche Begriffe sie mit der BNP assoziierten, brachte ein für die Labour-Party deprimierendes Resultat: »free speech« und »fairness« waren die Begriffe, mit denen die BNP in Stammwahlkreisen der Labour-Party in erster Linie assoziiert wurde.

keit der progressiven Parteien Europas strategisch basierte: Der Allianz zwischen den Unterschichten und den unteren Mittelschichten.⁵

3. Ein neues Projekt ist notwendig

Die linke Mitte steht angesichts dieser Situation vor der Aufgabe, ein neues, mehrheitsfähiges politisch-ideologisches Projekt zu formulieren. Dieses Projekt muss sich vom verengten Ökonomismus der technologischen Reformprojekte des »Dritten Weges« befreien, ohne das strategische Terrain der gesellschaftlichen Mitte aufzugeben. Dies kann keine Rückkehr zu den Konzepten der 70er und 80er Jahre und seinen Sozialstaats- und Solidaritätsvorstellungen sein. Die gesellschaftliche und ökonomische Basis hierfür ist vermutlich dauerhaft verloren gegangen. Notwendig ist vielmehr ein politischer Diskurs, der einerseits die *Ambitionen* in der Bevölkerung richtig interpretiert – dies war eine der großen Stärken des »Neue Mitte«-Projekts gewesen und darf auf keinen Fall aufgegeben werden – aber auch deren wachsenden *Befürchtungen* in einer unübersichtlicher werdenden Welt gerecht wird (Vgl. Sennett, 2006, S. 83–130, Bauman, 2006). Dieser Diskurs muss Schluss machen mit der Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen (»Modernisierungsverlierer«, »Besitzstandswahrer«) und anerkennen, dass eine Reihe von Entwicklungen der letzten Jahre für eine Vielzahl von Menschen eher negativ war. Hierzu zählen Einkommens- und Arbeitsplatzverluste, wachsende Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen, wachsende soziale Entfremdung in ethnisch und kulturell heterogener werdenden Gesellschaften⁶, wachsender Leistungsdruck am Arbeitsplatz und zunehmender Mobilitätsdruck mit den entsprechenden Folgen auf die persönlichen Lebensperspektiven der Menschen. »*We have talked about Sweden, not about Swedes*« erklärte bei einer Diskussion in London ein ehemaliger schwedischer sozialdemokratischer Minister die Nie-

derlage seiner Partei bei den letzten Wahlen. Will die linke Mitte wieder mehrheitsfähig werden, muss sie ihren Diskurs wieder in den Lebensrealitäten ihrer Wählermilieus erden.

Unabdingbar ist gleichzeitig die Überwindung ideologischer Tabus der Linken, vor allem in der Immigrationsfrage; hier hat sich die Linke wie in keinem anderen Bereich geweigert, den gesellschaftlichen Realitäten ins Auge zu sehen. Diese Weigerung hat erheblich dazu beigetragen, sie von Teilen ihrer Stammwählerschaft zu entfremden (Cuperus, 2006, S. 101–120, Hillebrand, 2007, S. 35–44).

Darüber hinaus muss die Linke ihr Verhältnis zum Nationalstaat und zur Fragen nationaler Identität klären. Die Wahrheit ist, dass der Nationalstaat in den vergangenen 100 Jahren das zentrale Instrument der Linken war, um ihre politischen und sozialen Ziele zu verfolgen und sie bisher keinen Ersatz für dessen Rolle gefunden hat. Es erscheint deutlich, dass viele Menschen eine neue, aktivere Rolle des Nationalstaates erhoffen, allerdings in einer Eigenschaft als »Protektor«, und nicht als Vollstrecker der Globalisierung, wie er sich in vielen Fällen auch unter den Regierungen des »Dritten Weges« präsentierte. Die Kunst wird hier darin bestehen, den Nationalstaat positiv für sich zu reklamieren, gleichzeitig aber auch den Weg der europäischen Integration weiterzugehen. Dies impliziert, dass die EU selbst eine aktivere Rolle bei der Einhegung der negativen Seiten von Globalisierungsprozessen spielen sollte.

Letztendlich muss die Linke auch wieder zeigen, wo sie Gestaltungsräume im Interesse der Wählerschichten der Mitte-Links-Parteien schaffen und nutzen möchte. Sie hat in den letzten Jahren diese Gestaltungsräume beinahe ausschließlich in den Bereich von »weichen«, soziokulturellen Themen unter Vorzeichen einer liberalen Interpretation von Individualrechten und Sonderinteressen verlegt, den »harten« ökonomischen, fiskalischen und politisch-institutionellen Raum jedoch weitgehend zur »no-go-area« für linke Politik erklärt. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und blockierter Aufstiegschancen in den unteren und mittleren sozialen Schichten wird dies so nicht bleiben können.⁷

Gleichzeitig muss die linke Mitte auch endlich wieder längerfristige gesellschaftliche Fragen diskutieren, und zwar nicht nur im Bereich der Ökologie. So sehr

5 Dabei sollte man sich über den politischen Charakter dieses Prozesses keine falschen Vorstellungen machen. Es geht diesen Menschen nicht um die Überwindung, sondern um die Teilhabe am System. Es handelt sich in vielerlei Hinsicht um »*failed consumers*« (Zygmunt Bauman), um Menschen, deren Ambition in der effektiven Teilhabe an der modernen (westlichen) Konsumgesellschaft als vollwertige Konsumenten besteht. Das Problem dieser sich abgekoppelt fühlenden Milieus mit den Rezepten des politischen Mainstream sind weniger deren Ziele an sich, sondern die in ihrer Lebensrealität negativen oder unbefriedigenden Resultate.

6 Zu den negativen Auswirkungen auf Sozialkapital und soziale Milieus durch ethnische und kulturelle Heterogenität siehe Putnam, 2007, S. 137–174.

7 Möglicherweise kommt die Inspiration ja aus unverhoffter Ecke: Die Demokratische Partei in den USA beginnt erstmals seit langer Zeit wieder »*redistribution*«, Umverteilungspolitik, ernsthaft zu diskutieren. Vgl. Democratic hopeful push for new way beyond Clintonomics, in: Financial Times vom 15.6.2007.

auch die sozialen und ökonomischen Veränderungen der »flüssigen Moderne« (Zygmunt Bauman) zu Verunsicherung und Statusängsten bis tief in klassische Mittelschichten geführt haben, so sehr ist dennoch klar, dass für einen wesentlichen Teil der Bevölkerung der westlichen Gesellschaften die »soziale Frage« auf absehbare Zeit als weitgehend gelöst betrachtet werden kann. Ein verengter Ökonomismus, der Fragen der Lebensqualität und -führung, der individuellen und kollektiven Entfaltungs- und Gestaltungsräume nicht aufgreift und politisch artikuliert, ist für diese Milieus politisch und weltanschaulich nur begrenzt attraktiv. Genauso wenig ist es allerdings auch eine Ideologie des »sozialen Pessimismus« (Zaki Laidi), dessen zentrales Element die rückwärts gewandte Utopie der Rückkehr zu den Modellen der 60er und 70er Jahre ist und die die gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte ausschließlich negativ interpretiert.

4. Auch die Rechte erneuert sich

Zu all diesen Problemen hat sich in der letzten Zeit eine zusätzliche Herausforderung gesellt: Auch die Rechte modernisiert sich. Sie hat in den letzten Jahren zumindest rhetorisch Abschied von neoliberalen Radikalismen genommen und versucht erfolgreich, das politische Terrain in der gesellschaftlichen Mitte zurückzuerobieren. Diese Neuorientierung ist auch eine implizite Anerkennung der tief sitzenden Verankerung der Kernelemente des politischen Projekts der linken Mitte in den westlichen Gesellschaften. Diese »Re-Zentrierung« der Konservativen lässt sich, in unterschiedlicher Form, in einer Vielzahl von Ländern beobachten: George W. Bush hat zwei erfolgreiche Wahlkämpfe mit dem Versprechen eines mitfühlenden »compassionate conservatism« bestritten; die schwedischen Konservativen unter Fredrik Reinfeldt haben sich weitgehend auf die Beibehaltung des schwedischen Sozialstaates verpflichtet und damit die Wahlen gegen eine »technokratisch« hochgradig professionelle Regierungssozialdemokratie gewonnen; die CDU hat sich nach dem Beinahe-Desaster ihres »Angie«-Wahlkampfes wieder ein sehr viel traditionelleres christdemokratisches Gewand gegeben; in Großbritannien schließlich hat die Konservative Partei unter der Führung David Camerons eine verblüffende Kehrtwendung vollzogen. Cameron bekennt sich zur Notwendigkeit öffentlicher Investitionen ebenso wie zum staatlichen Gesundheitswesen NHS, zur Ökologie und zur Homosexuellen-Ehe. In Frankreich schließlich hat Nicolas Sarkozy in seinem Wahlkampf nicht nur die »Würde der Arbeit« und die laizistische

Republik, sondern auch Säulenheilige der französischen Linken wie Victor Hugo und Jean Jaurès für sich reklamiert. Die Strategie dieses neuen Konservatismus *light* besteht darin, nicht mehr die Ziele der linken Mitte an sich – ein gewisses Maß an sozialer Fürsorge und Solidarität, aber auch die Betonung von Bildungschancen und Minderheitenrechten – in Frage zu stellen, sondern den Weg dazu. Der Staat sei für das Erreichen dieser Ziele eher ein ungeeignetes Instrument, zu teuer und oft zu schwerfällig. Der Markt, private Anbieter und freiwilliges Engagement könnten dies besser. Im Kern handelt es sich um eine konservative Spielart des Slogans, mit dem die SPD 1998 ihren Wahlkampf gegen Helmut Kohl betrieben hat: »Wir werden nicht alles anders machen, vieles aber besser«. Dasselbe verspricht die neue »sanfte« Rechte heute: »Wir werden nicht alles anders machen, vieles aber besser – und billiger.« (Vgl. Dürr, 2007, S. 18–20) Im Moment haben die Parteien der linken Mitte hierauf noch keine vernünftige Antwort gefunden. Das Angebot, eine ähnliche Wirtschafts- und Sozialpolitik wie die der linken Mitte, allerdings ohne deren gesellschafts- und kulturpolitischen Idiosynkrasien zu bekommen, wirkt auf Wähler in den verschiedensten Milieus anscheinend durchaus attraktiv.

Eine Gegenstrategie wird an vielen Fronten ansetzen müssen; ein Kernthema dürfte aber die Frage nach der Rolle des Staates sein. Hier unterscheiden sich die Visionen von Sozial- und Gesellschaftssystem der neuen Rechten und der neuen Linken dann eben doch: in der Frage, welche Rolle der Staat in Zukunft bei der Produktion von sozialen Leistungen, »public goods« und bei der Schaffung von individuellen und kollektiven Entfaltungschancen in immer ungleicher werdenden Gesellschaften spielen soll. Vieles spricht dafür, dass in Zeiten wachsender Verunsicherung die Vision eines starken, aktiven Staates für viele Menschen attraktiver ist als die eines Systems, in dem (auch) die Leistungen der Sozial- und Bildungssysteme aus dem Bereich der Rechte von Staatsbürgern ausgegliedert und in das Reich des Arbiträren, Selektiven und Karitativen eines nicht-staatlichen oder kommerziellen Sektors verwiesen werden. Gerade in Zeiten wachsender lebens- und berufsbiographischer Verunsicherung sollte sich diese politische Auseinandersetzung gewinnen lassen.⁸

Ein »*droit de l'inventaire*«, ein Recht auf eine Inventur, versuchte Lionel Jospin für die französische Linke am Ende der Mitterrand-Ära geltend zu machen. Genau dieses »Recht auf Inventarisierung« muss die europä-

⁸ Zum Klima gesellschaftlicher Verunsicherung siehe auch Neugebauer, 2007.

ische Linke jetzt auch im Umgang mit dem technokratischen Reformprojekt der vergangenen Dekade für sich in Anspruch nehmen. Gefordert ist eine kritische Diskussion darüber, was davon zu behalten und was davon als für die aktuelle Konstellation ungeeignet erscheint, überholt ist und durch neue politische Ideen ersetzt werden muss. Die sozialdemokratische Tugend des reformerischen Revisionismus sollte auch vor den Projekten des Dritten Weges nicht halt machen. Dabei wirken die Zeiten nicht so, als ob die etablierten Parteien – egal ob rechts oder links – sich bei der Formulierung attraktiver und integrativer neuer Politikprojekte allzu viel Zeit lassen sollten. Hinter dem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Parteien vollzieht sich ein noch tiefer gehender Prozess der schleichenen Delegitimierung des politischen Systems insgesamt, dessen demokratisch-partizipativer Gehalt von erschreckend vielen Menschen zunehmend bezweifelt wird: Im Rahmen einer Gallup-Befragung Ende 2006 beantworteten nur 30 % der Briten, 28 % der Italiener, 21 % der Franzosen und erschütternde 18 % der Deutschen die Frage, ob »das Land entsprechend dem Willen des Volkes regiert« wird mit »Ja«.⁹

Literatur

- Bauman, Zygmunt (2006) *Liquid Life*, Cambridge.
- Cruddas, Jon (2006) Neo-Classical Labour, in: *Renewal*, Vol. 14, No. 1, 2006, S. 34–41.
- Cuperus, René (2006) European Social Unease – A threat to the EU?, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, No.1/2006.
- Cuperus, René (2007) Populism against Globalisation: A new European Revolt, in: *Rethinking Immigration and Integration: a New Centre Left Agenda*, Policy Network, London, S. 101–120.
- Dauderstädt, Michael (2007) Increasing Europe's Prosperity, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, No. 1/2007, S. 28–46.
- Dürr, Tobias (2007) Das sozialdemokratische Paradox, in: *Berliner Republik*, Nr. 3/2007, S. 18–20.
- Elliott, Larry/Atkinson, Dan (2007) *Fantasy Island*, London.
- Flecker, Jörg (Hrsg.) (2007), *Changing working life and the appeal of the extreme right*, Ahsgate, Aldershot.
- Goodhart, David (2006) National Anxieties, in: *Prospect*, No. 6/2006, S. 30–35.
- Guibert, Philippe/Mergier, Alain (2007) *Le decenseur social – Enquete sur les milieux populaires*, Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris.
- Hillebrand, Ernst (2007) Migration and Integration – The errors of the European Left, in: *Rethinking Immigration and Integration: a New Centre Left Agenda*, Policy Network, London, S. 35–44.
- Liddle, Roger/Lerais, Frederic (2007) *Europe's Social Reality – A Consultation Paper from the Bureau of European Policy Advisers*, European Commission, Brussels, S. 30.
- Neugebauer, Gero (2007) *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn.
- Perger, Werner A. (2007) Die Lage der Progressiven in Europa, in: *Berliner Republik*, No.3/2007.
- Putnam, Robert (2007) E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century, in: *Scandinavian Political Studies*, Vol. 30, No. 2/2007, S. 137–174.
- Sennett, Richard (2006) *The Culture of the New Capitalism*, London 2006.

⁹ Gallup-Umfrage »Voice of the people«, www.voice-of-the-people.net

A selection of publications by the "International Policy Analysis"

Uwe Wissenbach

The EU's effective multilateralism – but with whom?
Functional multilateralism and the rise
of China
May 2007

Roger Hällhag

New Sweden: Crushing or Confirming a Social
Democratic Model?
FES-Country-Report April 2007

Jana Zitzler

Plea for a European Minimum Wage Policy
April 2007

Michael Sommer:

A Social Europe Needs Workers' Consultation and
Participation [only available online]
April 2007

James K. Galbraith

Maastricht 2042 and the Fate of Europe.
Toward Convergence and Full Employment
March 2007

Stefanie Flechtner

European Security and Defense Policy: between
"Offensive Defense" and "Human Security"
January 2007

Sven Biscop

The International Security Engagement of the
European Union – Courage and Capabilities for
a "More Active" EU. Report from the 1st
European Strategic Forum, Warsaw 2006.
January 2007

Michael Dauderstädt, Arne Schildberg (eds)

Dead Ends of Transition – Rentier Economies
and Protectorates
September 2006

Marius Busemeyer, Christian Kellermann, Alexander Petring, Andrej Stuchlik

Political Positions on the European Economic
and Social Model – a Map of Interests
[also available in German]
August 2006

Working Group "European Integration"

The EU needs a new economic policy!
Launching the debate [also available in German]
January 2006

Alexander Petring, Christian Kellermann

New Options for a European Economic and
Social Policy
October 2005

Find these and further publications online:
www.fes.de/internationalepolitik

orders to:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Ursula Müller
D-53170 Bonn

E-Mail: info.ipa@fes.de
Tel.: +49 (228) 883-212
Fax: +49 (228) 883-625



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/internationalepolitik
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-89892-723-9

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
z. Hd. Ursula Müller
D-53170 Bonn

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (228) 883-625

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/internationalepolitik

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.